Politik

Boris Johnson ist angezählt

Bizarre öffentliche Auftritte und ein laxer Umgang mit Corona bringen den britischen Premier immer mehr in Bredouille

Von Larissa Schwedes und Benedikt von Imhoff

London. Erst eine skurrile Rede, dann Berichte über ein unpassendes Spendendinner: Boris Johnson ist angezählt. Selbst in der Downing Street wird über den britischen Premier gelästert, wenn auch noch hinter vorgehaltener Hand. Der Premier habe den Laden nicht mehr im Griff, zitierte die gut vernetzte BBC-Reporterin Laura Kuenssberg eine ranghohe Quelle. Ein Kabinettsmitglied sagte der „Times“, Johnsons völlig missratene Rede vor dem Industrieverband CBI stehe symbolisch für den chaotischen Weg der Regierung.

> „Lenin hat einmal gesagt, die kommunistische Revolution sei die Sowjetmacht plus die Elektrifizierung des ganzen Landes. Die kommende industrielle Revolution ist Ökostrom plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“
>
> Der britische Premier Boris Johnson

Der britische Premier Boris Johnson ist bekannt für ausgefallene Aussagen. Doch derzeit schlägt er selbst für seine Verhältnisse über die Stränge. Foto: dpa

Zwar ist Johnson für bizarre Vergleiche und absurd-komische Reden durchaus bekannt – das ist Teil seines hemdsärmeligen Regierungsstils. Was der Regierungschef aber vor führenden Wirtschaftsvertretern erzählte, war selbst für seine Verhältnisse nur noch skurril. Vor einem fassungslosen Publikum erklärte er, sein Zehnpunkteplan für eine grüne industrielle Revolution ähnele den Zehn Geboten, die Moses vom Berg Sinai mitgebracht habe. Und: „Lenin hat einmal gesagt, die kommunistische Revolution sei die Sowjetmacht plus die Elektrifizierung des ganzen Landes. Die kommende industrielle Revolution ist Ökostrom plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“

Johnson imitierte auch Motorengeräusche: „Als ehemaliger Autokorrespondent kann ich Ihnen sagen, dass Elektroautos vielleicht nicht wie gurrende Tauben brummen und vielleicht nicht das Brrrumm Brrrumm raa raa haben, das Sie lieben, aber sie haben so viel Drehmoment, dass sie an der Ampel schneller starten als ein Ferrari.“ Zwischendurch verlor er sekundenlang den Faden und blätterte durch seine Unterlagen, wie britische Medien berichteten.

Das Echo fiel verheerend aus. „Peinlich“, „demütigend“, „schockierend“ – selbst konservative Medien, Johnson traditionell wohlgesonnen, zitierten ausführlich die Reaktionen anonymer Abgeordneter seiner eigenen Partei. Nun fragt sich das Land, ob der Premier denn noch den Rückhalt seiner Tories genießt. Die Antwort: Jein. Am Montag stimmten 19 Konservative im Parlament gegen Johnsons umstrittene Sozialreform, vor allem aber enthielten sich Dutzende weitere. Trotz einer eigentlich üppigen Mehrheit brachte Johnson das Gesetz nur knapp durchs Unterhaus. Das riecht für viele Beobachter nach Misstrauensvotum.

Noch stärker nachhallen könnten Berichte wie nun im „Daily Mirror“. Demnach besuchten konservative Abgeordnete ein Dinner für Tory-Spender, das Tausende Pfund pro Tisch gekostet haben soll. Von dort eilten sie dann ins Parlament, um für die Reform zu stimmen, die nach Einschätzung der Opposition ärmere Menschen dazu zwingen könnte, ihr Haus zu verkaufen, um ihre Pflege bezahlen zu können.

Für Johnson ist es der negative Höhepunkt der jüngsten Zeit. Wegen der Folgen von Brexit und Corona-Pandemie bleibt die wirtschaftliche Erholung aus. Probleme bei den Lieferketten führen zu Sorgen, dass Geschenke und der traditionelle Weihnachtsschmaus gefährdet sind. Über den Ärmelkanal kommen mehr Migranten illegal ins Land denn je zuvor.

Die Pandemie versucht der Premier unterdessen einfach wegzureden. Die Corona-Daten gäben keinen Anlass zur Sorge, meint der britische Premier, keinen Anlass für „Plan B“, der seit Monaten in der Schublade liegt, aber dort auch bleiben soll. Die Inzidenz liegt währenddessen im Bereich um 400, also noch höher als in Deutschland, wo die Alarmglocken fast lauter schlagen als je zuvor. Dass die Delta-Variante die Fallzahlen in Deutschland, Österreich und anderen Ländern in bislang ungekannte Höhen getrieben hat, ist auch in der Downing Street nicht unbemerkt geblieben. So warnte Boris Johnson vor einigen Tagen vor der Welle, die den Kontinent überrolle und von der noch niemand wisse, ob sie auch über die englische Küste schwappen werde.

„Das ist etwas irreführend“, sagt der Gesundheitsexperte Azeem Majeed vom Imperial College London. Fakt ist nämlich: Seit Monaten ist die Situation auf der Insel um keinen Deut besser als in Europa – im Gegenteil. „Seit Juli hatten wir nie weniger als rund 30 000 Fälle pro Tag“, sagt Majeed. Erst kürzlich wurde Großbritannien von Ländern mit noch höheren Corona-Raten überholt. Zuletzt zählte man meist 40 000 bis 50 000 pro Tag. Der größte Unterschied zur Lage in Deutschland ist: Es redet kaum noch jemand darüber.

Gerade im Ausland hat sich der Eindruck eingeschlichen, die Briten seien mit ihrem „Freedom Day“ Mitte Juli irgendwie durchgekommen, und das Schlimmste sei ausgeblieben. Doch das stimmt nur teilweise. Richtig ist, dass es eine Überlastung des Gesundheitsdienstes NHS wie im vergangenen Winter seitdem nicht gegeben hat. Gleichzeitig arbeiten Ärztinnen und Ärzte am Limit, und die Wartelisten für Operationen sind so lang wie nie. Zur Wahrheit gehört aber auch: Seit Wochen zählt das Land Woche für Woche um die 1000 Todesfälle. Der Preis für die britische Freiheit ist, sich an diese Zahlen gewöhnt zu haben.

Selbst die für den Plan B vorgesehenen Maßnahmen, an deren Einführung Boris Johnson nicht denken will, sind alles andere als drastisch: Der Plan beinhaltet lediglich die Empfehlung, von zu Hause zu arbeiten, Masken in einigen Räumen und Impf- oder Testnachweise für einige Großveranstaltungen. Dabei ist die britische Situation beim Impfen mit der deutschen vergleichbar: Knapp 69 Prozent der Bevölkerung sind doppelt geimpft, mit den Booster-Impfungen geht es schleppend voran. „Plan B hätte schon vor einer ganzen Weile eingeführt werden sollen“, sagt Majeed.

Kompakt

Israel impft jetzt Fünf- bis Neunjährige

Tel Aviv. Israel hat mit der Impfung von Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren gegen das Coronavirus begonnen. Die Impfkampagne startete offiziell am Dienstag. Bereits am Vortag wurde Kindern an einigen Orten der Impfstoff von Biontech/Pfizer verabreicht. Der Corona-Beauftragte Salman Sarka sprach von einer „Feier für Kinder und Eltern, die ihre Kinder nun schützen können“. Tausende Impftermine bei den zuständigen Krankenkassen sind bereits gebucht. Regierungschef Naftali Bennett begleitete seinen neunjährigen Sohn David zum Impfen. Der Junge, der auf dem Schoß seines Vaters saß, sagte anschließend, die Spritze habe „gar nicht wehgetan“.

Seenotretter schicken Schiff ins Mittelmeer

Berlin. Die deutsche Sektion des internationalen Seenotrettungsverbundes SOS Méditerranée entsendet ab Mitte 2022 ein eigenes Rettungsschiff ins Mittelmeer. Es würden dringend mehr Schiffe gebraucht, teilte die Organisation in Berlin mit. Deshalb solle ein neues, schnelles Schiff durch Spenden finanziert werden, um Flüchtlinge und Migranten zu retten. Dafür werde SOS Méditerranée Deutschland den internationalen Verbund zum Ende des Jahres verlassen und als unabhängige Organisation arbeiten. Bislang betrieb die deutsche Sektion gemeinsam mit den Zweigen in Frankreich, der Schweiz und Italien die Schiffe „Ocean Viking“ und davor die „Aquarius“.

Staaten sollen 1,5-Grad-Ziel beherzigen

London. Der britische Präsident der Weltklimakonferenz, Alok Sharma, hat die Staatengemeinschaft zur konsequenten Umsetzung ihrer auf dem Klimagipfel in Glasgow gegebenen Versprechen aufgefordert. „Das 1,5-Grad-Ziel lebt. Wir haben es von der Klippe geholt. Aber sein Puls bleibt schwach“, schrieb Sharma in einem Gastbeitrag im „Guardian“. Alle Länder müssten nun ihre Versprechen einhalten und bis 2030 und darüber hinaus ehrgeizigere Klimaschutzpläne erarbeiten. Im Klimapakt von Glasgow bekannten sich rund 200 Staaten zu dem Ziel, die Erderwärmung bei 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu stoppen.

Was wird aus den US-Atomwaffen in Büchel?

Ampelparteien erwägen Abzug – Das stößt bei der Nato auf Widerstand

Ulmen/Trier. Es ist ein offenes Geheimnis: Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagern US-Atomwaffen. Während die Nato daran festhalten will, mehren sich unter deutschen Politikern die kritischen Stimmen. Über dieses heikle Thema wird derzeit zwischen den Ampelpartnern SPD, Grüne und FDP diskutiert. In allen drei Parteien gibt es Stimmen, die den Abzug der Atomwaffen vorantreiben wollen. Zuletzt hatte sich im Wahlkampf die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock dafür ausgesprochen. Eine neue Bundesregierung müsse mit Blick auf die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland deutlich machen, dass auch die US-Atomwaffen in Deutschland Teil dieser Abrüstung sein müssten, forderte Baerbock. Auch die SPD-Europapolitikerin Katarina Barley und SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatten sich schon für einen Abzug der Waffen im Zuge einer gesamteuropäischen Abrüstungsinitiative ausgesprochen.

Auf dem Gelände des Fliegerhorsts Büchel – hier eine Luftaufnahme von 2008 – sollen US-Atomwaffen lagern. Forderungen nach einem Abzug derselben werden lauter. Foto: dpa/Thomas Frey

Laut Schätzungen lagern in Büchel noch etwa 20 Atombomben, die im Ernstfall von Kampfjets der Bundeswehr abgeworfen werden sollen. Nach offiziell unbestätigten Informationen gelten die Atombomben als Teil der nuklearen Abschreckung der Nato. Offiziell wird das aber weder von deutscher noch von US-Seite bestätigt.

Allerdings ist die Nato durch die jüngsten Äußerungen einiger Politiker und die laufenden Koalitionsverhandlungen offenbar alarmiert. Nach einem Treffen mit der noch amtierenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) forderte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Ampelparteien dazu auf, die nukleare Teilhabe Deutschlands zu sichern. Deutschland habe eine besondere Verantwortung, seine Rolle als Dreh- und Angelpunkt der nuklearen Abschreckung des Bündnisses aufrechtzuerhalten und seine Verteidigung zu stärken.

Die Strategie der Allianz zur gemeinsamen Nutzung von Atomwaffen beinhaltet nach den Worten des Nato-Generalsekretärs die Lagerung von US-Atomwaffen an verschiedenen Standorten in Europa, darunter mindestens ein Stützpunkt in Deutschland. Stoltenberg nannte die Strategie „unsere ultimative Sicherheitsgarantie. Die Nuklearwaffen, die wir in der Nato teilen, bieten den europäischen Verbündeten einen wirksamen nuklearen Schutzschirm.“ Laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ soll Stoltenberg bei einer Konferenz in Berlin gesagt haben, die nukleare Teilhabe sei „für Deutschland und Europa ein Platz an dem Tisch, an dem die Entscheidungen getroffen werden“. Die Alternative wäre eine Verlagerung und Stationierung der Nuklearwaffen in den Osten Europas. Damit habe sich der Nato-Generalsekretär auf das Angebot Polens bezogen, die noch in der Eifel untergebrachten Waffen auf seinem Territorium zu lagern.

Eine Verlagerung der in Westeuropa stationierten US-Atomwaffen, so auch der in Büchel, nach Polen wären eine Verletzung des Nato-Russland-Abkommens von 1997, in dem der Verzicht auf westliche Atomwaffen in neu zur Nato dazustoßenden Ländern Mittel- und Osteuropas festgeschrieben wurde. Darauf weist auch immer wieder Russland hin. Aber auch US-Militärexperten halten eine solche Verlegung für wenig praktikabel. Zum einen müsste für viel Geld die entsprechende Infrastruktur neu ausgebaut werden, zum anderen wären die Standorte, die näher an der russischen Grenze liegen würden, auch für russische Präventivschläge schneller erreichbar als die Eifel. US-Atomwaffen sollen nach offiziell nicht bestätigten Angaben außer in Büchel auch in Belgien, der Türkei und den Niederlanden lagern.

Rolf Seydewitz/Dieter Juncker

Missbrauchsfall empört

Katholischer Priester aus Köln steht vor Gericht

Köln. Beim Computerspielen, beim Baden, beim Fernsehen: Mehr als 30-mal soll ein katholischer Priester aus dem Erzbistum Köln Mädchen missbraucht haben, als sie bei ihm zu Besuch waren. Am Dienstag begann vor dem Kölner Landgericht der Prozess wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern gegen den 70-Jährigen. Gleich zu Beginn beantragt sein Verteidiger den Ausschluss der Öffentlichkeit. Doch die 2. Große Strafkammer entscheidet: Bei der Anklageverlesung dürfen die Zuschauer dabei bleiben. „Das öffentliche Interesse an dem Verfahren ist groß und höher zu bewerten als die schutzwürdigen Interessen des Angeklagten“, sagt Richter Christoph Kaufmann zur Begründung.

Der Staatsanwalt verliest die Anklage. Demnach soll der Priester zwischen 1993 und 1999 seine drei Nichten missbraucht haben. Die damals zwischen sieben und 13 Jahre alten Mädchen hatten regelmäßig einzeln bei ihrem Onkel, der damals in Gummersbach tätig war, übernachtet. In der Badewanne oder auf seinem Schoß sitzend soll er sie dann an Genitalien, Brust und Po berührt oder sie sogar vergewaltigt haben. Drei der 31 Fälle stuft die Staatsanwaltschaft als schwer ein.

Zudem soll der Geistliche 2011 während seiner Zeit als Klinikseelsorger in Wuppertal eine Elfjährige missbraucht haben, die mit ihrer Freundin bei ihm zu Besuch war. Die Staatsanwaltschaft hatte hierzu erst vor gut zwei Wochen Anklage erhoben, das Gericht hat nun beide Verfahren verbunden. Der bärtige Angeklagte im grauen Pullover sieht während der detaillierten Schilderungen des Staatsanwalts nicht auf und liest die Vorwürfe in seinen Unterlagen mit.

Unter den 38 Zeugen sind auch prominente Kirchenvertreter, die im Kölner Erzbistum früher Verantwortung trugen. Der heutige Hamburger Erzbischof Stefan Heße, einst Personalchef in Köln, soll am 18. Januar vor Gericht erscheinen. Auch den ehemaligen obersten Kölner Kirchenrichter Günter Assenmacher will die Kammer hören. Der angeklagte Priester war 2010 – als Heße Personalchef war – schon einmal angezeigt worden. Doch die Anzeige wurde zurückgezogen. Erst 2019 wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen und führten zur Anklage. Somit dürfte auch die Frage eine Rolle spielen, ob Heße seinerzeit den Anschuldigungen gegen den Angeklagten mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen ist.

Huffer-Kilian@t-online.de